



KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Ein Kurzbericht für die 6. UNI Europa-Konferenz
Belfast, 25.-27. März 2025



KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Unter dem Motto „Kein öffentlicher Auftrag ohne Tarifvertrag“ forderten 106 Gewerkschaftsführer aus 59 Ländern die Präsidentin der Europäischen Kommission auf, die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu ändern. Diesem Aufruf, der auf der letzten UNI Europa-Konferenz im April 2021 unterzeichnet wurde, folgte eine intensive und ehrgeizige Kampagne, die das Thema ganz oben auf die politische Agenda setzte.

Jetzt, vier Jahre später, geht UNI Europa von der Agenda-Setting- zur Politikgestaltungsphase über, da die Europäische Kommission eine baldige Überarbeitung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen angekündigt hat.

Dies ist ein großer Erfolg, aber noch ist nichts gewonnen. Die politische Kampagne um Tarifverhandlungen und das öffentliche Auftragswesen verspricht, schwierig und langwierig zu werden. Eine gemeinsame Anstrengung der UNI Europa-Mitgliedsorganisationen, zusammen mit dem EGB und der gesamten Gewerkschaftsbewegung, ist unerlässlich, wenn wir für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich etwas bewirken wollen.

Dieser Bericht enthält eine Beschreibung der Beweggründe für die UNI Europa-Kampagne zum öffentlichen Auftragswesen (Abschnitt 1), die Forderungen von UNI Europa (Abschnitt 2) und einen Überblick über die Kampagne selbst (Abschnitt 3).

1 Motivation

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Auf der UNI Europa-Regionalkonferenz 2021 „Vorwärts durch Tarifverhandlungen“ wurde die Stärkung der Tarifverhandlungen als Leitpriorität für die Föderation in den kommenden Jahren festgelegt.

Auf politischer Ebene hat UNI Europa zwei wichtige Antriebskräfte zur Erreichung dieses Ziels ausgemacht. Erstens die laufende Diskussion über eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, die das politische Ziel einer 80%igen tarifvertraglichen Deckung beinhaltet. EU-Mitgliedstaaten mit einem geringeren Deckungsgrad sind verpflichtet, nationale Aktionspläne zur Förderung von Tarifverhandlungen zu erstellen. Zweitens hat UNI Europa die öffentliche Beschaffung als eine wichtige Antriebskraft für die Förderung von Tarifverhandlungen durch die Nutzung der Kaufkraft der europäischen Behörden identifiziert.

Das öffentliche Auftragswesen ist der Prozess, durch den öffentliche Behörden Waren, Dienstleistungen oder Bauleistungen von privaten Unternehmen erwerben. Um qualitativ hochwertige Kaufentscheidungen zu gewährleisten und Korruption zu vermeiden, ist dieser Prozess durch europäische und nationale Rechtsvorschriften streng geregelt.

Es gab drei Hauptgründe, die Kampagne von UNI Europa zu Tarifverhandlungen und öffentlichem Auftragswesen zu starten. **Erstens** stehen in einer Reihe von Sektoren (z. B. Reinigungs- und Sicherheitsdienste, Grafik, Kunst und Unterhaltung) die Arbeitsbedingungen unter Druck, was teilweise auf die Beschaffungspolitik zurückzuführen ist. Die Betonung des niedrigsten Preises im öffentlichen Auftragswesen bedeutet, dass Aufträge häufig an den günstigsten Bieter vergeben werden.

Zweitens werden robuste und umfassende politische Instrumente zur Förderung von Tarifverhandlungen benötigt. Die Organisierung und der Aufbau starker Gewerkschaften sind eine notwendige Grundlage, aber auch ein unterstützender rechtlicher Rahmen für Tarifverhandlungen. Die Kaufkraft der europäischen öffentlichen Hand könnte und sollte zur Stärkung der Tarifverhandlungen genutzt werden. Die potenzielle Auswirkung dieser Hebelwirkung ist beträchtlich, da jährlich etwa 15 Prozent des europäischen BIP, d. h. 2 Billionen Euro, durch öffentliche Aufträge ausgegeben werden.

Drittens sind die derzeitigen politischen Ideen und Initiativen zum öffentlichen Auftragswesen auf die Förderung des so genannten „nachhaltigen“ öffentlichen

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Auftragswesens ausgerichtet (was sich auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit bezieht). Sie konzentrieren sich jedoch fast ausschließlich auf [umweltbezogene oder grüne Initiativen](#). Es ist daher notwendig, dem „sozialen“ Teil der Nachhaltigkeit mehr Gewicht zu geben, um ein ausgewogeneres Ergebnis zu erzielen.

Gleichzeitig zeigt die Analyse von UNI Europa, dass der derzeitige europäische Rechtsrahmen für das öffentliche Auftragswesen nicht **zweckmäßig ist**. Eines der Ziele der Vergaberichtlinien von 2014, die die Fassung von 2004 ablösen, bestand darin, eine sozialere öffentliche Auftragsvergabe zu ermöglichen und zu gewährleisten, doch in der Realität behindern die Ziele der Gewährleistung von Transparenz und der Maximierung des Wettbewerbs die soziale Auftragsvergabe. Infolgedessen werden immer noch etwa 50 % der öffentlichen Ausschreibungen auf der Grundlage des niedrigsten Preises vergeben, in einigen Ländern sind es sogar 95 %. Die Entscheidung für den niedrigsten Preis geht auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen, der Qualität der Arbeitsplätze und eines sozialeren Europas insgesamt.

Das Hauptproblem des derzeitigen EU-Rechtsrahmens für das öffentliche Auftragswesen besteht darin, dass (1) immer noch zu viel Rechtsunsicherheit in Bezug auf das soziale öffentliche Auftragswesen besteht und (2) es zu sehr vom guten Willen der öffentlichen Behörden abhängt, ob soziale Bedingungen vorliegen oder nicht. Infolgedessen tragen die öffentlichen Ausgaben allzu oft zum sozialen Abstieg und zu einem Wettlauf nach unten bei, anstatt den sozialen Fortschritt zu fördern.

- **Rechtsunsicherheit:** Nach den geltenden Vorschriften sind Behörden, die in den Auswahl- oder Zuschlagskriterien eindeutig auf Tarifverträge verweisen, mit einem komplexen Rechtsrahmen konfrontiert und werden häufig vor [Gericht](#) angefochten. Infolgedessen zögern die Behörden noch immer, Risiken einzugehen, und entscheiden sich für das Kriterium des niedrigsten Preises. Dies verschafft Arbeitgebern, die Beschäftigte unterbezahlen und ihnen grundlegende Rechte verweigern, einen Wettbewerbsvorteil im öffentlichen Auftragswesen und führt zu einem Wettlauf nach unten. Ein klarer Rechtsrahmen, der solche Verweise zulässt, würde erheblich zur Vereinfachung des Rechtsrahmens für Behörden beitragen.

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

- **Freiwilliger Charakter:** Das soziale Auftragswesen basiert meist auf freiwilligen Maßnahmen der öffentlichen Hand. Somit ist auch die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte eher ein Ermessenskriterium als ein zwingendes Ausschlusskriterium. Dies legitimiert die stillschweigende Akzeptanz von Sozialdumping und erschwert es, den Ausschluss von nicht konformen Unternehmen von öffentlichen Aufträgen zu verhindern.

2 Ansatz

Der Ansatz von UNI Europa beruht auf der Überzeugung, dass es im öffentlichen Interesse liegt, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträgen unterliegen, die zumindest die Löhne und die allgemeinen Arbeitsbedingungen abdecken. Öffentliche Gelder dürfen nicht an Unternehmen gehen, die einen Wettbewerbsvorteil durch niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen suchen. Vielmehr müssen öffentliche Gelder eingesetzt werden, um menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen, anstatt beides zu untergraben. Unser Ziel ist es, die EU-Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu ändern, um einen europäischen Rahmen zu schaffen, der diesem Ziel förderlich ist. Konkret streben wir eine Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen an, in der Folgendes festgeschrieben wird:

- Die Mitgliedstaaten und die nationalen Behörden sollten verpflichtet werden, Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu erlassen, die Tarifverträge und Tarifverhandlungen fördern. Insbesondere muss im EU-Recht klargestellt werden, dass solche Bestimmungen nicht als diskriminierend eingestuft werden können und nicht an den Gegenstand gebunden sein müssen.
- Was die Vergabekriterien betrifft, so sollten die Behörden verpflichtet sein, Unternehmen mit geltenden Tarifverträgen zu bevorzugen, aber auch weitere Präferenzen zu gewähren, je nachdem, wie günstig die Vereinbarungen eines Unternehmens für die Beschäftigten sind.
- Was die Auswahlkriterien betrifft, so sollten die Behörden verpflichtet sein, dafür zu sorgen, dass zumindest die Löhne und

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Arbeitsbedingungen den Standards entsprechen, die in den geltenden Tarifverträgen in den Sektoren und Regionen festgelegt sind, die gemäß den nationalen Rechtsvorschriften und Praktiken abgedeckt werden.

- Unternehmen, die sich weigern, Tarifverträge auszuhandeln oder umzusetzen, sollten von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Öffentliche Auftragnehmer müssen verpflichtet werden, die uneingeschränkte Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen als Bedingung für den öffentlichen Auftrag zu gewährleisten, einschließlich wirksamer Durchsetzungsmechanismen für alle Wirtschaftsbeteiligten, auch in der Kette der Unterauftragnehmer. Verstöße müssen ein zwingender Grund für den Ausschluss sein.
- Die EU muss ehrgeizige und fortschrittliche Ziele für den Geltungsbereich von Tarifverträgen im öffentlichen Auftragswesen festlegen, da das öffentliche Auftragswesen der EU einen enormen Einfluss auf die Erreichung einer 80%igen tarifvertraglichen Deckung verleiht, wie in der Mindestlohnrichtlinie festgelegt.

Darüber hinaus sollte der Gesetzgeber der Europäischen Kommission mit den sektoralen Sozialpartnern in arbeitsintensiven Sektoren erörtern, ob es zweckmäßig ist, spezifische Rechtsvorschriften für die Auftragsvergabe in arbeitsintensiven Sektoren zu erlassen, um die unter den Punkten 1-5 dargelegten Verbesserungen zu verstärken.

3 Die UNI Europa-Kampagne zum öffentlichen Auftragswesen

UNI Europa hat sich für eine Botschaft entschieden, die sich auf die Rolle der öffentlichen Finanzierung in Bezug auf Tarifverhandlungen und gewerkschaftliche Organisationsrechte konzentriert.

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Die Kampagne umfasst drei Hauptbereiche. Erstens: **Bildung von Wissen** und Verbreitung von Informationen, um die Öffentlichkeit und die Institutionen darüber zu informieren, dass die derzeitigen Vorschriften nicht ausreichen, um hochwertige Dienstleistungen, gute Arbeitsplätze, fairen Wettbewerb und Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber zu gewährleisten. Zweitens: Mobilisierung der **Gewerkschaften und Sozialpartner**. Drittens: eine an die EU-Institutionen gerichtete **Lobby-Kampagne**, um den Druck auf die EU zu erhöhen, in dieser Angelegenheit zu handeln.

3.1 Argumente und Informationen

Daten, Beispiele und Lösungen. Wann immer UNI Europa die Arbeit und die Anforderungen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens erläutern wollte, waren die ersten Fragen, die gestellt wurden, die nach konkreten Daten, guten und schlechten Beispielen und politischen Lösungen.

UNI Europa hat daher in den letzten vier Jahren aktiv alle diese Informationen gesammelt, analysiert und verbreitet. Ein erstes [Factsheet](#) über die öffentliche Auftragsvergabe wurde 2021 veröffentlicht, kurz darauf folgte ein [Bericht](#) mit dem Titel „Put your money where your mouth is“. Parallel dazu beantragte und erhielt UNI Europa EU-Mittel für ein Projekt zur Sammlung von Beispielen bewährter Praktiken im sozialen öffentlichen Auftragswesen in den Sektoren Reinigung und Sicherheit ([PROCURFAIR](#)). Zusätzlich zu den Forschungsarbeiten hat UNI Europa erfolgreich Lobbyarbeit beim EMPL-Ausschuss des Europäischen Parlaments geleistet, um eine Studie zu dem Thema ([Die sozialen Auswirkungen des öffentlichen Auftragswesens](#)) in Auftrag zu geben. Im Jahr 2023 wurde ein weiterer [Bericht](#) veröffentlicht, in dem die ökologische und die soziale öffentliche Auftragsvergabe verglichen werden, (*Green pave the way for social*), sowie eine [Online-Karte](#), in der Beispiele dafür gesammelt werden, wo öffentliche Ausschreibungen schief gelaufen sind. Alle Berichte und Veröffentlichungen sind auf der UNI Europa [Website](#) zu finden.

Diese kombinierten Bemühungen haben UNI Europa in dieser Frage zu einer Autorität für technische und politische Informationen gemacht. Die verstärkte Sensibilisierung führte auch zu einigen Dominoeffekten: In einem kürzlich erschienenen [ELA-Bericht](#) über nicht angemeldete Erwerbstätigkeit wurde eindeutig auf das öffentliche Auftragswesen Bezug genommen.

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

3.2 Gewerkschaftsarbeit und sozialer Dialog

Ein weiterer Aktionsbereich betraf die Gewerkschaften und den sozialen Dialog. Während des UNI Europa-Kongresses im Jahr 2021 unterzeichneten daher [Gewerkschaftsführer/innen](#) aus den Mitgliedsorganisationen den oben erwähnten offenen Brief. Darüber hinaus wurden die Beschäftigten des Immobiliensektors rund um den Internationalen Tag der Gerechtigkeit für Reinigungs- und Sicherheitsmitarbeiter (15. Juni) mit einer Kundgebung vor dem Europäischen Parlament im Jahr 2023 und erneut am 1. Oktober 2024 mobilisiert.

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Systemrelevante Beschäftigte gehen auf die Straße: 1. Oktober 2024

Am 1. Oktober 2024 versammelten sich über 1.000 Beschäftigte in systemrelevanten Berufen - Reinigungskräfte, Sicherheitspersonal und Beschäftigte in der Gastronomie - aus neun europäischen Ländern in Brüssel und forderten bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für Millionen von Beschäftigten durch eine Reform des öffentlichen Auftragswesens.

Beschäftigte, Gewerkschaftsführer und Mitglieder des Europäischen Parlaments verurteilten den „Wettlauf nach unten“, der durch die derzeitigen EU-Vergabevorschriften verursacht wird, bei denen der niedrigste Preis auf Kosten des Wohlergehens der Beschäftigten Vorrang hat.



Die Kundgebung fand einen Tag nach einem offenen Brief von über 100 führenden Ökonomen aus der ganzen Welt, darunter Thomas Piketty und Isabella Weber, statt, in dem „eine Reform der EU-Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen, die Tarifverhandlungen stärkt und die Arbeitsbedingungen in arbeitsintensiven Sektoren wie Reinigungs-, Sicherheits- und Lebensmitteldiensten verbessert“, [gefordert](#) wurde. Am Morgen der Kundgebung trafen sich Mitglieder des Europäischen Parlaments mit einigen Schlüsselarbeitern zu einem Frühstückstreffen, um über die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen zu diskutieren.

Zweitens wurden im Rahmen der europäischen sektoralen sozialen Dialoge gemeinsame Erklärungen zu diesem Thema vereinbart. Die beiden Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog für [private Sicherheit](#) und [Reinigung](#) haben sich auf gemeinsame Erklärungen geeinigt, in denen sie die Europäische

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Kommission unter anderem auffordern, „eine Anpassung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen für wesentliche Dienstleistungen und arbeitsintensive Industrien in Betracht zu ziehen (...), um sicherzustellen, dass Tarifverträge durch das öffentliche Auftragswesen respektiert, geschützt und gefördert werden“.

Im Anschluss an diese gemeinsamen Erklärungen von UNI Europa hat EFFAT (die Europäische Föderation der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften) ebenfalls eine gemeinsame Erklärung zum öffentlichen Auftragswesen im Gaststättengewerbe verabschiedet. Diese Erklärungen zeigen das Interesse der Arbeitgeber an gleichen Wettbewerbsbedingungen auf dem öffentlichen Beschaffungsmarkt, wo Unternehmen ohne Tarifverträge nicht die Unternehmen, die Tarifverträge einhalten, unterbieten können.

Auf branchenübergreifender Ebene hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) das öffentliche Auftragswesen ebenfalls zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Bei den Verhandlungen über die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne setzte sich der EGB nachdrücklich für die Aufnahme eines ehrgeizigen Artikels über das öffentliche Auftragswesen und Tarifverhandlungen ein, und die Notwendigkeit einer stärkeren sozialen Konditionalität bei den öffentlichen Ausgaben stehen auch im Mittelpunkt des EGB-Aktionsplans. Auch andere ETUFs wie [EFFAT](#), [EFBH](#), [EGÖD](#), ETF und [industriAll](#) setzen sich aktiv für eine Überarbeitung der Vergaberichtlinie ein.

Auf nationaler Ebene hat sich eine Reihe von UNI Europa-Mitgliedern für nationale Lösungen in Bezug auf öffentliche Gelder und Tarifverhandlungen eingesetzt. Beispiele für solche Arbeiten finden sich in Belgien, Dänemark, Spanien, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Schweden. In Deutschland ist ver.di ein entschiedener Verfechter der Tariftreuegesetze, die es erlauben oder vorschreiben, dass bei öffentlichen Ausschreibungen die Einhaltung tarifvertraglicher Normen gefordert wird.

UNI Europa hat sich auch aktiv für die Förderung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Auftragswesens im Rahmen des derzeitigen Rechtsrahmens eingesetzt, indem sie „Best-Value“-Leitfäden in der [Reinigung](#) und der [privaten Sicherheit](#) mitveröffentlicht hat. Mit Hilfe von UNI Europa veröffentlichte der EWSA eine Initiativstellungnahme zum öffentlichen Auftragswesen im Bereich der Reinigungs- und Gebäudedienstleistungen.

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

3.3 Die europäischen Institutionen im Visier

Strategisch zielt die Kampagne darauf ab, die **EU-Institutionen** in Fragen des sozialen öffentlichen Auftragswesens zu beeinflussen, und zwar mit einem zweifachen Ziel. Defensiv zielt die Kampagne darauf ab, sicherzustellen, dass die soziale Dimension der nachhaltigen Beschaffung bei einer künftigen Überarbeitung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe oder verwandter Richtlinien ausreichend berücksichtigt wird. Offensiv zielt die Kampagne darauf ab, dass sich die Überarbeitung der Richtlinie auf den Schutz und die Förderung von Tarifverhandlungen durch öffentliche Ausgaben konzentriert.

Die Kampagne von UNI Europa konzentriert sich auf die drei wichtigsten gesetzgebenden Institutionen in der Europäischen Union: das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union. Kurz gesagt, alle drei spielen eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung oder Änderung von europäischen Rechtsvorschriften. Nur die Europäische Kommission hat das Recht, Gesetzesinitiativen zu ergreifen. Jede Änderung der Vergaberichtlinie muss daher von der Europäischen Kommission initiiert werden. Das Europäische Parlament spielt eine Rolle dabei, durch schriftliche und mündliche Anfragen, Anhörungen, Entschlüsse usw. auf Themen und Probleme aufmerksam zu machen. Der Rat vertritt die Mitgliedstaaten und setzt sich daher aus Vertretern ihrer Regierungen zusammen. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erlassen die Rechtsvorschriften gemeinsam.

UNI Europa hat sich aktiv mit **Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP)** auseinandergesetzt und versucht, so viele MdEP wie möglich für unsere allgemeine Forderung zu gewinnen. Nach dem Start unserer Kampagne wurde eine „Verpflichtungserklärung“ verfasst und den Europaabgeordneten vorgelegt. Mit ihrer Unterschrift verpflichteten sich die Abgeordneten, unsere Forderung im Europäischen Parlament zu unterstützen. Diese Bemühungen trugen dazu bei, dass kürzlich in der Entschlüsse zur Stärkung des sozialen Dialogs (2023/2536), im Bericht über das Europäische Semester (2022/2151), in der Entschlüsse über eine EU-Strategie zur Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, des Handels und hochwertiger Arbeitsplätze (2023/2513) und in der Entschlüsse über den EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (2021/2179) mehrfach auf Tarifverhandlungen im Zusammenhang mit dem

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

öffentlichen Auftragswesen hingewiesen wurde. Darüber hinaus beschloss der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), eine Studie über Tarifverhandlungen und soziales öffentliches Auftragswesen in Auftrag zu geben und veranstaltete eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema.

Im Vorfeld der Europawahlen wurde die Arbeit fortgesetzt, um Einfluss auf das künftige Europäische Parlament zu nehmen, indem mit den europäischen Parteien zusammengearbeitet wurde, damit sie in ihren Wahlprogrammen deutliche Worte zum öffentlichen Auftragswesen und zu Tarifverhandlungen finden. So wurde die Allianz für das öffentliche Auftragswesen, die sich aus den Koordinatoren der Fraktionen der Linken, der Grünen, der S&D und der EVP im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zusammensetzt, im April 2024 [ins Leben gerufen](#) und im Juli 2024, nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, [neu gestartet](#), um die Agenda der Europäischen Kommission zu beeinflussen.

Damit kommen wir zur zweiten wichtigen Institution, der Europäischen Kommission. Mit der Kampagne wurde versucht, die Kommission durch offene Briefe, schriftliche Anfragen und öffentliche Foren bekannt zu machen. Wie bereits erwähnt, begann die Kampagne mit einem offenen Brief von Gewerkschaftsführern an Kommissar Thierry Breton. Mehrere Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben darauf schriftliche Anfragen an die Kommission zu diesem Thema gestellt. Anschließend wurden die Kommission und ihre Bediensteten gebeten, sich in öffentlichen Foren wie UNI Europa- und EGB-Sitzungen, öffentlichen Anhörungen im Europäischen Parlament und Antworten auf offene Briefe zu diesem Thema zu äußern. Während die Kommission lange Zeit nicht weit von ihrer ursprünglichen Position abwich, kam es am 15. Januar 2024 zu einem Durchbruch, als Kommissar Nicolas Schmidt ankündigte, dass die Kommission Lösungen, einschließlich rechtlicher Art, prüfen werde, um ein soziales öffentliches Auftragswesen sicherzustellen. Das von der Leyen vorgelegte politische Programm für die Jahre 2024 bis 2029 sah zudem eine Überarbeitung der Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen vor, ohne jedoch den sozialen Charakter einer solchen Überarbeitung konkret zu benennen.

Spezifische [schriftliche](#) und [mündliche Fragen](#) wurden in die Anhörungen der designierten EU-Kommissare Roxana Mînzatu und Stéphane Séjourné einbezogen. Beide erklärten positiv, dass sie sich um eine soziale

KEIN ÖFFENTLICHER AUFTRAG OHNE TARIFVERTRAG

Überarbeitung der Vergaberichtlinien bemühen würden, ohne jedoch zu sagen, wie.

4 Aussichten

Die kommenden Monate und Jahre werden entscheidend dafür sein, wie das öffentliche Auftragswesen in Europa gestaltet wird und ob es den sozialen Fortschritt vorantreibt oder weiterhin behindert. Die Aussichten geben Anlass zur Sorge. Die jüngsten EU-Initiativen konzentrieren sich auf Bürokratieabbau, Deregulierung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, während die sozialen Prioritäten scheinbar auf der Strecke bleiben.

Dennoch haben die beiden Vizepräsidenten der Kommission, Séjourné und Minzatu, bei ihren Anhörungen die Bedeutung sozialer Fragen anerkannt. Die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen, die Tarifverhandlungen fördern, tragen dazu bei. Jetzt liegt es an uns, dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Die nächste Phase der politischen Entwicklung wird ein Kampf um die Zukunft des öffentlichen Auftragswesens sein, und wir können es uns nicht leisten, uns zurückzulehnen.

Kein öffentlicher Auftrag ohne Tarifvertrag. UNI Europa wird weiterhin mobilisieren und sich für eine Beschaffungspolitik einsetzen, die die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen schützt und die Tarifverhandlungen stärkt. Der Grund dafür ist einfach: Tarifverhandlungen sind das wirksamste Mittel, mit dem die Gewerkschaften etwas für die Beschäftigten bewirken können.

